

Regierungssekretär

Autor(en): **Metz, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens**

Band (Jahr): **38 (1996)**

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-550470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Regierungssekretär

von Peter Metz sen.

Auf den 1. März 1940 erfolgte durch den Kleinen Rat, wie damals die h. Regierung noch tituliert wurde, meine Wahl zum Departementssekretär des Finanz- und Militärdepartementes mit dem Titel eines «Regierungssekretärs». Aus zwei Gründen hatte ich mich um diese Stelle beworben, obwohl es im Grunde meines Herzens nie mein Bestreben gewesen war, mir in der Beamtenhierarchie einen Platz an der Sonne zu ergattern, hatte mir doch immer eine freiberufliche Tätigkeit vorgeschwebt: Erstens brachte mich die Tätigkeit als Regierungssekretär in den direkten Kontakt mit dem von mir verehrten damaligen Vorsteher des Finanz- und Militärdepartementes, Dr. Andreas Gadiant, und vor allem war zur Zeit meiner Wahl bereits schon mit einem langen Kriegsgeschehen zu rechnen, sodass meine Aussichten, die freiberufliche Advokatur aufzunehmen, gering waren, denn wir Junge standen ja damals periodisch und oft während Monaten im militärischen Einsatz. Unter diesen Umständen bot mir die Beamtenstellung Sicherheit und die Möglichkeit, in meinem Beruf als frischgebackener Jurist (ich hatte im Oktober 1938 das Doktorat und im Januar 1940 das bündnerische Anwaltspatent erworben) fruchtbar wirken zu können.

Die Titulation eines Regierungssekretärs entsprach im Grunde genommen nicht den amtlichen Aufgaben des Neugewählten, denn mit der Regierung selbst stand ich nicht in direktem Kontakt. Vielmehr sind allein die Departementschefs gewissermassen die Auftraggeber ihrer Regierungssekretäre. Diese

wirken als deren rechte Hand. Ihre wichtigste Funktion besteht darin, alle jene departementalen Aufgaben zu erfüllen, welche der Departementschef selbst nicht zu erledigen vermag. Eine der wichtigsten bildet seit jeher die Formulierung der Anträge für die Regierung und die Botschaften für den Grossen Rat, mindestens soweit sie einer juristischen Fassung bedürfen. In früheren Zeiten waren sodann die Regierungssekretäre mancher Departemente mit der sog. Rekursrechtsprechung betraut: Sie hatten die von der Regierung zu entscheidenden Rekursfälle zu instruieren und den Entscheid zuhanden der Regierung auszufällen. Mit der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahre 1969 sind die Departementsjuristen dieser ihrer einst so wichtigen Funktion weitgehend enthoben worden.

Es war also die Stellung eines Departementsjuristen, die ich seit meiner Wahl bekleidete. Die wohlklingende Titulation eines «Regierungssekretärs» stand dabei im Einklang mit den vielen Titeln, welche die kantonale Verwaltung von jeher den Trägern wichtiger Verwaltungsposten verlieh: Kanzleidirektor ist so einer, Forstinspektor ein anderer, Obergeringenieur ein weiterer, Standskassier ein vierter usw., während den Mittelschullehrern an der Kantonsschule die Titulation von «Professoren» zusteht. Letzteres bildete in den neunziger Jahren einen Akt des Ausgleichs dafür, dass den berechtigten Lohnbegehren dieser Herren nicht entsprochen werden konnte (oder wollte). Denn

die Löhne in der kantonalen Verwaltung bildeten angesichts der ständigen Finanzmisere des Kantons noch zu meiner Zeit eine arge Pein. So stand den Departementssekretären damals, obwohl sie den dritten Rang der Lohnskala einnahmen, eine Entschädigung von lediglich 7500 bis maximal 10 000 Franken pro Jahr zu. Als ich im Dienst stand, barg also die Lohntüte, aufgefüllt von Standeskassier Nicol und je auf Monatsende treu verteilt vom Weibel Andreas Janett, magere 600 Fränklein. Heute beziehen die Departementssekretäre zu Beginn ihrer Karriere einen Monatslohn von durchschnittlich rund Fr. 10 000.— und damit in ungefähr jener Höhe, die zu meiner Zeit als maximales Jahresgehalt galt. Die Zeiten haben sich also innert einem halben Jahrhundert gewaltig geändert.

War mein gesetzlicher Lohn solcherweise gering, so war die Arbeitslast, die der Kanton von uns forderte und namentlich von mir als Sekretär des Finanz- und Militärdepartementes umso beträchtlicher. Bildeten seit je und überall die Finanzen gewissermassen das Herzstück des Staatswesens, so war dies in Graubünden ganz besonders der Fall. Auf welchem Gebiet auch immer der Kanton tätig zu sein hatte, bei volkswirtschaftlichen, sozialpolitischen, verkehrstechnischen Fragen, überall waren es die Finanzen, welche die zu beschreitenden Wege entscheidend mitbestimmten. Damit nahmen der Finanzchef und sein Departement eine zentrale Stellung in der kantonalen Verwaltung ein. Ohne beide «lief» nichts, ohne den Segen des Departementes konnte keine wichtige staatliche Tätigkeit in Angriff genommen werden.

Diese Dominanz der Finanzen brachte es mit sich, dass dem Finanzdepartement schon vor dem Ersten Weltkrieg alle Funktionen und Ämter angegliedert waren, die mit den Finanzen etwas zu tun hatten. Solcherweise glied sich schon in den normalen Zeiten das Departement einem Puzzle. Den Kern des Departementes umfassten die eigentliche Finanzverwaltung, also das Kassieramt, die

Buchhaltung, die Finanzkontrolle und vor allem die Steuerverwaltung. Hieran gliederten sich jedoch zahlreiche weitere Ämter an: so das Gemeindeinspektorat (damals Gemeindeverwaltungs kontrolle geheissen), das Arbeitsamt mit Arbeitslosenversicherung und Stellenvermittlung und vor allem fast alle Anstalten: die Brandversicherungsanstalt und die Anstalten Waldhaus und Realta. Dazu aber hatte sich das Departement direkt auch mit Aufgaben anderer Bereiche zu befassen, soweit diese einen finanziellen Einschlag besaßen: mit der Kantonalbank, mit den Wildschäden und deren Abgeltung, mit den Elementarschadenvergütungen usw.

Schon in normalen Zeiten auferlegte diese Vielfalt von Funktionen dem Departement eine gewaltige Arbeitslast. Wenn ich mich daran erinnere, welche Umtriebe etwa einzig und allein die Geschehnisse der Korrekptionsabteilung der Anstalt Realta dem Departement verursachten, wo unzufriedene Insassen mit ihren Anliegen sich ans Departement wandten, um vorzeitige Entlassung nachsuchten oder als Aufwiegler zeitraubende Scherereien bewirkten, wobei Untersuchungen und Abklärungen notwendig waren, so graut mir heute noch vor diesem Ansturm von Pflichten, der uns heimsuchte und der bewältigt werden musste.

In den langen Friedenszeiten mag dies alles, dieses Sammelsurium von Aufgaben und Pflichten, beim Departementschef und seiner rechten Hand, dem Departementssekretär, zu keinen besorgniserregenden Überbelastungen geführt haben. Bei meinem Stellenantritt jedoch war diese Normalität verschwunden. Es herrschte Krieg, und dieses Geschehen schlug sich ausgerechnet beim ohnehin überlasteten Finanzdepartement, mit dem noch das Militärdepartement verbunden war, in einer kaum zu bewältigenden Stresssituation nieder. Die Grenzbesetzung aktivierte allein schon das Militärdepartement in ungeahnter Weise. Ständig traten neue Probleme an dieses heran: die Kontakte

mit der Truppenführung, die Organisation des Dispensationswesens, die Einführung des militärischen Vorunterrichtes usw. Dazu gesellten sich in diesen Bereichen manche zusätzlichen Aufgaben, wie etwa die Neuregelung der Eigentumsverhältnisse beim Churer Waffenplatz, die Frage der Schaffung eines Ausbildungszentrums für den Höhengsport (vorgesehen in Maloja, was sich trotz zähen Verhandlungen nicht verwirklichen liess), die Regelung des Einsatzes der polnischen Internierten, die Regelung des Luftschutzes und der Evakuierung und vieles andere dazu.

Doch war es das Finanzdepartement, das zur Hauptsache die aus der neuen Weltlage sich ergebenden neuen Aufgaben zu bewältigen hatte: die Einführung etwa der Lohn- und Verdienstersatzordnung, die Regelung der Besoldungsverhältnisse des Personals, die Einführung der Steuermassnahmen des Bundes (Wehrsteuer und Verrechnungssteuer) usw. Vor allem aber trat wie durch einen Wassereinbruch ein wahrer Sturzbach von unausweichlichen Notmassnahmen an das Departement heran: Zahlreichen Gemeinden, die ihren Finanzbedarf nicht mehr zu decken vermochten, mussten durch die Erhältlichmachung eines millionenfachen Entschuldungskredites geholfen werden, an ihrer Spitze die Gemeinde St. Moritz, die notleidend und zahlungsunfähig war. Die Beamtenversicherungskasse sodann wies eine grosse Unterbilanz auf und musste saniert werden. Die Graubündner Kantonalbank war durch das Bleigewicht der zahlreichen Hotelkredite, die nicht mehr einbringlich waren, so sehr notleidend geworden, dass der Kanton ihr grosse Überbrückungskredite verschaffen musste. Das und viel Zusätzliches überfiel in den Anfängen des Zweiten Weltkrieges das Departement und stellte dieses vor immer neue Probleme. Daneben war es die notleidende Rhätische Bahn, deren unausweichliche Sanierung zur Hauptsache durch das Finanzdepartement erkämpft werden musste, und waren es die ungemein schweren Probleme, welche mit dem jetzt,

bedingt durch die Lücke im Energiesektor, beginnenden Ausbau der bündnerischen Wasserkräfte zu bewältigen waren. Durch alle Jahre der Grenzbesetzung zogen sich diese ausserordentlichen Erschwernisse hin und kulminierten sich mitunter in schweren Zwangssituationen. Es waren in diesen Zeiten aber auch die Anstalten, welche die Kräfte des Finanzdepartementes dauernd beanspruchten: die Sanierung zunächst der Anstalt Realta und deren Umwandlung in eine moderne Heilanstalt, ihr nachfolgend auch die Modernisierung der Irrenanstalt Waldhaus war unausweichlich, und die durch den Veruntreuungsfall Braun bei der Brandversicherungsanstalt herbeigeführten Umtriebe nahmen zeitweise ein Ausmass an, welches das Machbare schier überstieg, geschweige das Zuträgliche.

Der Departementssekretär hatte in diesem Strom von sich überstürzenden, galoppierenden Amtsgeschäften mitzuschwimmen, d.h. sich über Wasser zu halten, so gut es ihm möglich war, um nicht in den Fluten untergehen zu müssen. Ich weiss noch, wie ich oft an Samstagen, an denen aus Gründen der Kohleknappheit üblicherweise nicht gearbeitet wurde, in meinem Büro wirkte und dabei die stillen, telefonlosen Stunden zu fruchtbarer Tätigkeit genoss. So konnte ich Liegengebliebenes aufschaffen. Es wurde damals im Departement streng und diszipliniert gearbeitet. Kaffeepausen gab es keine, und Ausgänge waren verpönt. Vor etlichen Jahren begegnete ich auf der Strasse einer einstigen Mitarbeiterin, die inzwischen pensioniert worden war. Spontan rief sie mir zu: «Herr Doktor, damals, als Sie bei uns waren, da ging es streng zu und her, da wurde gekrampft, seither herrscht bei uns Lari-Fari.» Ich weiss nicht, ob dies vollkommen stimmt, aber dass zu meiner Zeit den Funktionären nichts anderes übrig blieb, als sich mit voller Kraft einzusetzen, darüber besteht kein Zweifel. Wenn meine periodischen militärischen Dienstleistungen dies gestatteten, liess ich hin und wieder meine weibliche

Hilfskraft zu mir «ins Feld» kommen, wo ich ihr halbtagsweise Amtliches diktierete, das sie anschliessend verarbeiten konnte.

Angefeuert wurden wir alle von unserm Chef, der selbst dem Departement und der Regierung das Hauptmass an Arbeit erbrachte. Seine häufige Abwesenheiten in der Bundesversammlung und in Kommissionen hinderten ihn nie an der Bewältigung seiner Amtsgeschäfte. In dicken und schweren Mappen liess er sich die Aktenberge nach Bern nachsenden, wo er sie bearbeitete. Dr. A. Gadiant verfügte über eine aussergewöhnlich klare und deutliche Stenographieschrift. Das erlaubte ihm, auswärts einen grossen Teil der Korrespondenz zu bewältigen. Über das Wochenende aber weilte er fast regelmässig in seinem Büro und brachte hier ebenfalls seine Korrespondenzpflichten hinter sich. Seine Sekretärin pflegte anschliessend tagelang all das auszufertigen, was er ihr aus seinem Wochenendaufenthalt im Büro an Stenographie zu hinterlassen pflegte.

Wie sein Arbeitseinsatz gewaltig war, so blieb auch sein Verhältnis zu seinen Mitarbeitern beispielhaft. Seine grossen pädagogischen Fähigkeiten, die, wie seine einstigen Schüler bezeugen, ihn schon als Lehrer ausgezeichnet hatten, eigneten ihn auch zum Vorgesetzten in einem staatlichen Amt in besonderem Masse. Nie bediente er sich irgend eines rüden Tones, stets blieb er, auch in den strubsten Zeiten grosser Hektik, ruhig und freundlich. An den persönlichen Geschicken seiner Untergebenen nahm er lebendigen Anteil. Es herrschte in seinem Departement eine gelassene Atmosphäre der Verbundenheit mit dem Chef und unter dem Personal.

Massgebend aber war die grosse sachliche Kompetenz, über die Gadiant in allen Fragen, die er zu behandeln hat, verfügte. Einst wurde er von seinen politischen Gegnern als Besserwisser geziehen, der sich ausserhalb seines bescheidenen Sekundarlehrerdaseins noch nie habe bewähren müssen. In seinem

Amt als Chef des damals wichtigsten Departementes aber bewährte er sich von Stund an in vollem Mass. Dazu verhalf ihm neben seinen Führungseigenschaften seine ungemein hohe Intelligenz und sein staatsmännisches Denken. Er verstand es, jedes an ihn herantretende Problem in allen seinen Aspekten zu erfassen und die Tragweite der möglichen Lösungen auf lange Sicht zu erwägen. Er war ein grosser Anreger und Planer, sein durchdringender Verstand und sein patriotisches Empfinden, das darin kumulierte, das darübende Graubünden endlich aus den Nöten und Verstricktheiten seines Daseins zu befreien, verhalfen ihm zu einer grossen Stosskraft. In Bern, wo man ihn seit vielen Jahren dank seiner Sachkunde und Gründlichkeit kannte und schätzte (obwohl er dort nie in den Reihen der Arrivierten gewandelt hatte) vermochte er immer wieder sog. «Erfolge» zu erzielen, Lösungen zu gestalten, die dem Kanton zum Vorteil verhalfen. Wenn Graubünden unter Führung Gadiants in den Jahren seiner Amtszeit auf zahlreichen Gebieten (bei Kreditgewährungen, bei der endgültigen Ausgestaltung der Emserwerke, bei der Sanierung der Rhätischen Bahn, in den Kraftwerkfragen) von seiten Berns grosse Hilfe und Rücksichtnahme gewährt wurden, so war dies weitgehend seinem Einsatz zu verdanken. Die verschiedenen grossen Eingaben Bündens an Bern, vor allem jene, die für den Kanton die volle «Rechtsgleichheit» forderten, tragen unverkennbar die Handschrift Gadiants und machten in Bern Eindruck.

Solcherweise war die neunjährige Amtstätigkeit Gadiants als Vorsteher des Finanz- und Militärdepartementes, ausgeübt in gefahrvoller Zeit voller Hektik und mit einem Sturzbach immer neuer Aufgaben und Probleme, gekennzeichnet durch eine nie abreissende Kette von Erfolgen. Auf restlos allen Gebieten seiner Tätigkeit wirkte er weitsichtig und aufbauend, auf die Interessen des Kantons mit letzter Hingabe bedacht. Was an ihn herantrat, das bewältigte er und

schob nichts von sich weg. Ungeachtet der Arglist der Zeit rang er auch um ein neues Steuergesetz und verstand es, diesem trotz allen Schwierigkeiten zum Durchbruch zu verhelfen.

Dass dieser gewaltige, fast pausenlose Einsatz an den Kräften des Rastlosen im Laufe der Jahre zehrte, wer möchte dies nicht verstehen. Vielleicht wäre Gadiant der Vorwurf zu machen gewesen, er habe zu viel gewollt, habe sich zu viel aufgeladen und sich, statt die grossen Linien seines Amtes zu verfolgen, zu sehr den Details angenommen, in denen ja bekanntlich der Teufel sitzt. Anders aber konnte er es gar nicht tun in seiner gründlichen, gewissenhaften Art. Er konnte es umso weniger, als seine Amtstätigkeit von dauernden Anfeindungen aus den gegnerischen Lagern begleitet war. Kein anderer Regierungsrat in der bündnerischen Vergangenheit wurde in ähnlicher Weise von ständigen Vorhaltungen, Anfeindungen und Verunglimpfungen verfolgt, wie dies Gadiant beschieden war. Zum guten Teil lag dies darin, dass Gadiant auch während seiner Regierungstätigkeit der Vorspann seiner Partei, der Demokratischen, blieb, die er seit den dreissiger Jahren dank seinen enormen politischen Fähigkeiten von Erfolg zu Erfolg geführt hatte. Unter seiner Ägide wurde sie innert weniger Jahre, innert einem Dezent, von der schwächsten zur stärksten Kantonalpartei. Sie dominierte mit ihrer Abgeordnetenzahl, die von 11 im Jahre 1933 auf 41 im Jahre 1939 stieg, um sich in den folgenden Wahlen auf dieser Höhe zu behaupten, und in den eidgenössischen Räten hatte sie im Jahre 1943 von den 8 Sitzen deren 4 inne (3 im Nationalrat und 1 im Ständerat), während sie noch anno 1933 nur über ein Mandat in der Bundesversammlung verfügt hatte. Dieser atemberaubende Aufstieg bildete das Resultat einer unausgesetzten politischen Aufklärungsarbeit im Volk durch Bildungskurse, Vorträge, Versammlungen und Zeitungsartikel, wobei Gadiant für sich in Anspruch nehmen konnte, eine Politik des

Volkswohls, nicht der Klassen- oder der Parteiinteressen zu verfolgen. Kaum ein anderer ist damals durch die Ereignisse so sehr in der Richtigkeit seiner politischen Forderungen bestätigt worden wie Gadiant.

Dass die von ihm überspielten Vertreter der anderen Parteien, namentlich der bürgerlichen, ihm ob seinen zu ihren Lasten erzielten politischen Erfolgen gram waren, wer würde dies nicht verstehen. Solange Gadiant kein Amt versehen hatte, war nur schwer möglich, ihm beizukommen. Nun aber, nach seinem Eintritt in die Regierung, bot er zahlreiche Angriffsflächen, da fast jede amtliche Tätigkeit der öffentlichen Beurteilung und Kritik unterlag, wie dies heute noch der Fall ist. Es war seine Finanzpolitik, die sofort in ein schiefes Licht gestellt wurde. Man warf ihm immer wieder mangelnde Sorgfalt in der Finanzgebarung vor, «hemmungslose Ausgabenpolitik», Verschwendung der öffentlichen Mittel, unnötige Aufblähung der Verwaltung und ähnliches. Nichts war so unangebracht wie diese ständigen Rempler. Richtig ist einzig, dass der Kanton damals noch tief an seiner von früher her bekannten Finanzmisere litt. Das geringe Steueraufkommen vermochte die Aufwendungen für die ordentliche Verwaltung seit langem nicht mehr zu decken, womit die Schuldenlast des Kantons lange vor dem Eintritt Gadiants in die Exekutive sich ständig vermehrt hatte. Zum nicht geringen Teil rührte dies davon her, dass der Kanton in seinem Verkehrswesen, der Rhätischen Bahn und dem Strassennetz, gewaltige Summen investiert hatte, die seit dem Ersten Weltkrieg weitgehend ertragslos blieben. Die Rhätische Bahn vermochte ihren Zinspflichten gegenüber dem Kanton für dessen Aktienbeteiligung und die grossen Darlehen längst nicht mehr zu genügen, wodurch der kantonale Fiskus an uneinbringlichen Zinsen ungefähr soviel jährlich verlor, wie sein gesamtes Steueraufkommen ausmachte. Diese uneinbringlichen Zinsen (sie machten im Jahre 1940 den respektablen Betrag von

17.3 Mio. Fr. aus) wurden während der dreissiger Jahre in der Staatsrechnung einfach aktiviert und damit als Guthaben ausgewiesen. Spätestens seit Mitte der dreissiger Jahre war dies jedoch eine Fiktion. Gadiant stand also (so gut wie sein Vorgänger) in finanzpolitischer Hinsicht vor einem schlechtweg unlösbaren Problem. Trotzdem beschritt er alle Wege, um der Misere zu begegnen. Wie er sich schon als Grossratsabgeordneter für eine gesunde Finanzierung des Strassenbaues (durch die Einführung von Sondersteuern) verwendet hatte, so sorgte er nach seinem Eintritt in die Regierung für die Einführung einer modernen Staatsrechnung, die auf dem Grundsatz der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit beruhte. Sodann paukte er ein modernes Steuergesetz gegen alle parlamentarischen Widerstände durch. Die Sanierung der Rhätischen Bahn verhalf der Rhätischen Bahn und damit indirekt dem Kanton zu einer Verbesserung der Staatsrechnung in der Grössenordnung von 43 Mio. Franken. Umsichtig erreichte es Gadiant weiter, ausserordentliche Aufwendungen des Kantons, die in verschiedenen Bereichen unumgänglich waren (so zur Seuchenbekämpfung, für Schulhausbauten, Meliorationen, Verbauungen usw.), durch den Erlass eines Krisen- und Arbeitsbeschaffungsprogrammes samt einer Sonderfinanzierung abzudecken. Durch die schweren Jahre der Grenzbesetzung vermochte er auf diese Weise, den Kanton auf eine gesunde finanzielle Basis zu führen. Dass er unter diesen Umständen die ständigen Angriffe des politischen Gegners als ungerecht und verletzend empfinden musste, versteht sich von selbst.

Persönlich zwar konnte Gadiant die Taktik der Gegnerschaft verwinden, denn er war von ausgeglichenem Wesen, emotional nicht leicht belastbar. Doch für die kantonalen Interessen empfand er die Flut von Verunglimpfungen als schädlich. Das zwang ihn mehr und mehr zur Abwehr. Im Parlament nahmen jedoch seine Zurechtweisungen an auftretende Kritiker mitunter die Form von schulmeisterlichen Schelten an, was seine

Opponenten reizte. Ausserhalb des Parlamentes war es die gegnerische Presse, die jede Gelegenheit benützte, um über ihn herzufallen. In diesen Phasen des weit gestörten politischen Daseins wurde auch ich von ihm zur Mithilfe bei der Abwehr aufgeboten. Diese bestand in langen aufklärenden Zeitungsartikeln, die ich in der «Neuen Bündner Zeitung» veröffentlichte. Im Vordergrund stand dabei die sog. «Affäre Realta». Sie war von einem ehemaligen Insassen durch verschiedene Einsendungen in der Unterländer Presse inszeniert worden, wobei es sich um einen Racheakt handelte. Der Verfasser war unrühmlich bekannt als Verleumder und Intrigant und galt als ein in allen Teilen unerfreulicher Patron. Umso schimpflicher war, dass die hiesigen Zeitungen, «Freier Rätier» und «Bündner Tagblatt», die Suaden des grimmigen Hetzers vollumfänglich und kritiklos übernahmen, ohne sich irgendwie um den Wahrheitsgehalt seiner Elaborate zu kümmern. Massgebend war für sie einzig, dass damit das von Gadiant in der Anstalt geleistete Reformwerk in ein übles Licht gestellt wurde. Da ich die Verhältnisse der Anstalt Realta, die unter der Leitung des überaus tüchtigen Dr. med. Hans Walter stand, sehr genau kannte und um die Haltlosigkeit der perfiden Angriffe wusste, konnte ich mit blanken Waffen zur Widerlegung der Unterschiebungen und Aufbauschereien antreten und oblag dem Waffenkampf mit Nachdruck und Erfolg, wobei natürlich die «feindlichen» Blätter nicht wenige Nasenstübe abbekamen. Das trug mir in gewissen bürgerlichen Kreisen den Ruf eines Scharfmachers ein, worum ich mich wenig kümmerte.

Auch in andern Sachfragen, die das Finanzdepartement berührten, ergriff ich in der Öffentlichkeit das Wort, so zum neuen Steuergesetz, zum schwer angefochtenen Krisen- und Arbeitsbeschaffungsprogramm, zur diskreditierten kantonalen Finanzpolitik usw. Es waren solcherweise hektische Einsätze, die ich mir neben meiner Büroarbeit regelrecht abringen musste. Doch fühlte

ich mich mit meinem Chef derart verbunden, dass ich es als meine moralische Pflicht ansah, ihn in den brandenden Fluten von unsachlicher Kritik und systematischen Verunglimpfungen nicht allein zu lassen.

Kurz vor Kriegsende quittierte ich meinen interessanten Posten, um in die freie Advokatur überzusiedeln. Ich tat es mit einem wei-

nenden und einem lachenden Auge. Mein Gewissen hätte mir an sich befohlen, bis zum

Ende der Amtszeit meines Chefs ihm zur Seite zu stehen. Doch besass er Verständnis für meine Ungeduld, neue Pferde zu satteln. Wie ich auf diesen zu reiten verstand, versuche ich in einem weiteren Abschnitt zu schildern.